

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis	6
Vorwort Bernd Müller, Bürgermeister der Stadt Osthofen	7
Grußwort Ernst Walter Görisch, Landrat des Landkreises Alzey-Worms	9
Grußwort Dr. Dieter Schiffmann, Direktor der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz	11
Einführung: ausländische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in Osthofen während des Zweiten Weltkriegs	13
Die ersten Ankömmlinge: polnische Kriegsgefangene	15
Polnische Zivilarbeiter	19
Die Polen-Erlasse	21
Französische Kriegsgefangene	25
Französische Zivilarbeitskräfte	36
Sowjetische Kriegsgefangene	44
„Ostarbeiterinnen“ und „Ostarbeiter“	50
Zwangsarbeiterinnen und ihre Kinder	54

„Ostarbeiter“ und „Ostarbeiterinnen“ in den beiden größten Osthofener Fabriken und im Reichsbahnlager	58
Die Gemeinde Osthofen und die „Fremdarbeiter“	69
Kriegsende	81
Benutzte Archive, Literatur	82
Abbildungsnachweis	85

Vorwort

In diesem Jahr jährt sich das Ende des Zweiten Weltkrieges zum 65. Mal.

65 Jahre ist in etwa der Zeitraum, an dessen Ende vergangene Geschehnisse zu Geschichte werden. Zwei Generationen sind seit 1945 herangewachsen. Der unmittelbare Bezug zu den Begebenheiten von damals ist verloren gegangen. Der Blick auf Vergangenes ändert sich im Lauf der Jahre, er ändert sich im Zuge neuer Entwicklungen, er ändert sich mit der Abfolge der Generationen. Jede Generation betrachtet die Geschichte neu, jede Generation stellt eigene Fragen.

Der Stadtrat der Stadt Osthofen hat sich deshalb im Jahre 2007 entschieden, eine wissenschaftliche Dokumentation über ausländische Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen in Osthofen während des Zweiten Weltkrieges ausarbeiten zu lassen. Wir sind Frau Dr. Hedwig Brüchert vom Institut für Geschichtliche Landeskunde an der Universität Mainz sehr dankbar, dass sie diese Aufgabe übernommen hat. Außerdem danken wir Herrn Walter Konrad, Heimatforscher in Osthofen, für seine Unterstützung bei den Vorarbeiten zu diesem Projekt und für die viele Mühe und Zeit, die er für das Ordnen der Archivbestände unserer Stadtverwaltung aufgewandt hat.

Dass wir uns in Osthofen mit dieser Frage befassen, hat auch damit zu tun, dass sich die Gedenkkultur, die sich dieser Epoche widmet, in einem starken Wandel befindet. Es gibt kaum noch Zeitzeugen, und wir sind im Wesentlichen auf Forschungsergebnisse der Historiker angewiesen. Doch die Stadt will auch dieses dunkle Kapitel ihrer Geschichte aufarbeiten.

Zeitzeugen haben mit ihren Einzelschicksalen die damalige Geschichte authentisch vermittelt und Vergangenes im besonderen Maße fassbar gemacht. Authentizität stellt sich aber auch ein, wenn man nach den Spuren Einzelner sucht und die Daten über ihr Leben sammelt, die es noch zu finden gibt. In unserer Stadt haben wir aus dem Archiv und auch aus anderen staatlichen Fundstellen in den letzten Jahren viel herausgefunden über Menschen, die Opfer

der Nationalsozialisten wurden. Ihre Schicksale führen den heute Lebenden vor Augen, was damals geschehen ist.

Wir wollen mit dieser Dokumentation Erinnerung und Forschung weitergeben und ein Bewusstsein für unsere Verantwortung gegenüber der Geschichte wach halten. Mit dieser Verantwortung geht einher, jeder Generation aufs Neue zu vermitteln, was Menschen damals angetan wurde. Und wir müssen uns immer wieder fragen, wie es überhaupt dazu kommen konnte.

Geschichte wiederholt sich nicht, aber alte Probleme können in neuem Gewand wieder auftauchen.

Wir haben uns in Osthofen entschieden, uns zu erinnern und unserer Geschichte zu gedenken. Denn wir wissen, wie brüchig zivilisatorische Werte sind und wie wichtig es ist, den Menschenrechten immer aufs Neue Geltung zu verschaffen.

Der Blick zurück zeigt uns, wie zerstörerisch Kriege sind, aber auch, wie wertvoll Frieden, Freiheit und Demokratie sind. Die Erinnerung kann uns helfen, die demokratische Zukunft zu sichern.

Bernd Müller
Bürgermeister

Grußwort

Artikel 12 unseres Grundgesetzes garantiert heute die Freiheit der Berufswahl wie auch die Freiheit der Berufsausübung. Ebenso schließt unser Grundgesetz in diesem Artikel ausdrücklich Arbeitszwang und Zwangsarbeit im Allgemeinen aus. Wie so viele Paragraphen in unserem heutigen Grundgesetz geschah dies vor allem auch aufgrund der historischen Erfahrungen. Das Thema „Zwangsarbeit“ hat im Verlaufe der Menschheitsgeschichte bis in unsere heutige Zeit hinein über alle Kontinente hinweg immer wieder einen dunklen Schatten geworfen. Einen besonders traurigen Höhepunkt dieser Form der Sklaverei erreichte die Zwangsarbeit in Deutschland während des Zweiten Weltkrieges. Allein während dieses Krieges wurden in Deutschland mehrere Millionen Menschen zur Arbeit gezwungen. Zumeist handelte es sich dabei um Kriegsgefangene, KZ-Häftlinge und Zivilpersonen der besetzten Gebiete. Diese Menschen waren es, die während des Krieges die industrielle Produktion in Deutschland und dabei insbesondere die Rüstungsindustrie aufrecht erhalten mussten, während die deutschen Männer an der Kriegsfrente eingesetzt waren.

Dass davon auch unsere Region betroffen war und ausländische Bürgerinnen und Bürger gegen ihren Willen zumeist unter menschenunwürdigen Rahmenbedingungen zu ausbeuterischen, erniedrigenden und oftmals lebensgefährdenden Arbeitseinsätzen verpflichtet wurden, zeigt die vorliegende umfassende und detaillierte Dokumentation von Dr. Hedwig Brüchert über Zwangsarbeit in Osthofen. Ihr ist es zu verdanken, dass durch ihre Arbeit ein weiteres dunkles Kapitel der deutschen Geschichte während des Dritten Reiches beleuchtet wird und am Beispiel Osthofens anschaulich dargestellt wird, was sich direkt vor unserer „Haustür“ abspielte. Besonders bemerkenswert ist, dass die vorliegende Arbeit auch einen Blick auf den Arbeitsalltag sowie die Zwangsarbeiterinnen und ihre Kinder wirft und ebenso die verschiedenen Facetten sowie Wechselwirkungen der „Fremdarbeiter“ und der Gemeinde Osthofen beleuchtet.

Persönlich wie auch im Namen des Landkreises Alzey-Worms danke ich deshalb der Autorin für ihre herausragende historische Aufarbeitung.

12 Ernst Walter Görisch

- Landrat -

Grußwort

„Danke, dass Sie die Geschichte ‚wiederherstellen‘. Die neue Generation soll wissen, dass man den Frieden schätzen soll. Ein Mensch darf einen anderen nicht versklaven.“ So schrieb Wanda Soboltynskaja aus der Ukraine, die von 1942 bis 1945 im Landkreis Worms als so genannte „Ostarbeiterin“ in der Landwirtschaft eingesetzt war, 2001 in einem Brief.

Ausländische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter gehörten in der Zeit des Zweiten Weltkrieges zum Alltag im Deutschen Reich. Auch in Osthofen kamen zwischen 1939 und 1945 zu den ca. 4.800 Einwohnern mindestens 620 ausländische Arbeitskräfte hinzu, die in den ortsansässigen Firmen, bei der Gemeindeverwaltung und in der Landwirtschaft eingesetzt waren. Sie kamen aus verschiedenen Ländern Europas, die meisten von ihnen aus der Sowjetunion, aus Frankreich und Polen. Sie lebten und arbeiteten in Osthofen unter unterschiedlichen Bedingungen: Manche wurden menschlich behandelt, gut untergebracht und gepflegt, andere wurden misshandelt, wurden durch unzureichende Lebensbedingungen und harte Arbeit krank, 58 von ihnen starben in Osthofen. Trotz Verbot gab es Kontakte zur Bevölkerung, sogar Liebesbeziehungen, aus denen Kinder hervorgingen.

Auch in dem Gebäude, das den Nationalsozialisten 1933/34 als Konzentrationslager zur Einschüchterung und Abwehr ihrer politischen Gegner gedient hatte, wurden in der dort ansässigen Möbelfabrik mindestens zehn belgische Kriegsgefangene beschäftigt und untergebracht – eine Kontinuität der Unterdrückung. Dass sich heute in diesem Gebäude eine Gedenkstätte befindet, die über die Zeit des Nationalsozialismus informiert, ist der Hartnäckigkeit engagierter Bürgerinnen und Bürger zu verdanken, die nicht wollten, dass das damals Geschehene in Vergessenheit gerät.

Nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches verloren sich die Spuren der ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter schnell; sie kehrten in ihre Heimatländer zurück, wo viele, gerade aus den östlichen Ländern, weiteren Diskriminierungen und Verfolgungsmaßnahmen ausgesetzt waren. Mit der Gründung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ im August

2000 durch die Bundesregierung und die Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft zur Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter des NS-Regimes rückte diese Opfergruppe wieder vermehrt in den Blickpunkt der Forschung.

14

Vor allem durch regionale Untersuchungen und Projekte werden die Spuren sichtbar, die Geschichte „wiederhergestellt“ und greifbar, um vor allem junge Menschen sensibel zu machen für einen verantwortungsvollen Umgang mit Menschenwürde und Demokratie, damit „die Menschen wie Brüder leben und Gott nicht herausfordern“, wie Wanda Soboltynskaja es sich für die Zukunft gewünscht hat.

Die vorliegende Arbeit von Hedwig Brüchert, ausgewiesene Expertin für die Geschichte der Zwangsarbeit im heutigen Rheinland-Pfalz, leistet dazu einen weiteren wertvollen Beitrag.

Dr. Dieter Schiffmann

Direktor der Landeszentrale für

politische Bildung Rheinland-Pfalz

Einführung: ausländische Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen in Osthofen während des Zweiten Weltkriegs

Ausländische Zwangsarbeiter waren während der Kriegsjahre im Deutschen Reich nicht nur in Großbetrieben in den Industrieregionen und im Bergbau eingesetzt. „Fremdarbeiter“ und „Fremdarbeiterinnen“, wie man sie damals meist nannte, waren überall im Land auch in Mittel- und Kleinbetrieben, im Handwerk und Gastgewerbe, in der Landwirtschaft und in Privathaushalten zu finden, ebenso wie bei der Reichsbahn und in den Kommunalverwaltungen. Sie waren unentbehrlich, um die fehlenden, zur Wehrmacht eingezogenen deutschen Männer zu ersetzen.

Auch in den überwiegend agrarisch strukturierten Regionen des heutigen Landes Rheinland-Pfalz wurde die Kriegswirtschaft mit Hilfe von Tausenden von Zwangsarbeitern (Kriegsgefangenen und Zivilarbeitern beiderlei Geschlechts) in Gang gehalten. Neben den wenigen Industriezentren wurden sie vor allem in der Landwirtschaft eingesetzt.

Im Arbeitsamtsbezirk Worms, zu dem Osthofen gehörte, wurden zum Stichtag 15. Mai 1943 folgende ausländische Arbeitskräfte gezählt:¹

Zivilarbeiter	2.169
Zivilarbeiterinnen	1.451
Kriegsgefangene	2.709
Ausländer insgesamt	6.329.

Das waren rund 17,4 % aller im Arbeitsamtsbezirk beschäftigten Menschen. Im gesamten Gau Hessen-Nassau waren zu diesem Zeitpunkt 105.654 ausländische Zivilarbeitskräfte und 48.683 Kriegsgefangene eingesetzt. Die Zahlen stiegen bis Sommer 1944 weiter an.

1 Der Arbeitseinsatz in Hessen, hrsg. v. Landesarbeitsamt Hessen, Jg. 1943, Nr. 1/7 (HHStA Wiesbaden Abt. 483 Nr. 4477a).

Auch in der Gemeinde Osthofen wurden während des Zweiten Weltkriegs mindestens 620 ausländische Männer und Frauen zwangsweise als Arbeitskräfte eingesetzt, und zwar sowohl Kriegsgefangene als auch Zivilarbeiterinnen und -arbeiter aus verschiedenen Nationen. Sie verteilten sich auf alle örtlichen Gewerbe- und landwirtschaftlichen Betriebe, auf Staatsbetriebe und die Gemeindeverwaltung. Aufschluss darüber geben vor allem die Akten des Stadtarchivs Osthofen, des Internationalen Suchdienstes in Bad Arolsen und des Hessischen Hauptstaatsarchivs Wiesbaden.

Osthofen zählte 1939 rund 4.800 Einwohner. Die Gemarkung umfasste 350 Hektar Weinberge, 608 Hektar Ackerland und 19 Hektar Wiesen. Es gab zu dieser Zeit neben Landwirtschaft und Weinbau nur wenige größere Unternehmen im Ort. Am bedeutendsten waren die Firma Glaser, von Praun, die Elektromotoren herstellte, und das Armaturenwerk Stephan. Daneben gab es die Möbelfabrik Hildebrandt & Bühner sowie einige kleinere Gewerbebetriebe.

Die Osthofener „Fremdarbeiter“, wie sie meist genannt wurden, kamen aus verschiedenen Ländern Europas, vor allem aus der Sowjetunion, Frankreich, und Polen.

Eine von der „Deutschen Arbeitsfront“ (DAF) erstellte Liste der Ausländerlager im Landkreis Worms vom 1. April 1943, in der insgesamt 20 Lager aufgeführt sind, nennt für Osthofen nur drei Wohnlager:

- die Armaturenfabrik Stephan (mit dem Lager Holzmühle), mit 25 Franzosen (m) und 28 Russen (m);
- die Elektromotorenfabrik Glaser, v. Praun, Hindenburgstraße 36, mit 17 Russen (m) und
- die Bahnmeisterei Oppenheim, Deutsche Reichsbahn (Lager Osthofen), mit 20 Ukrainerinnen.²

In diesen Listen fehlen allerdings die Kriegsgefangenenlager, da diese nicht der Kontrolle durch die DAF unterstanden. So ist beispielsweise das Lager der französischen Gefangenen im „Schwanensaal“

² HHStA Wiesbaden, Abt. 483 Nr. 7328.

nicht genannt, ebensowenig das Lager im Saal der Gastwirtschaft August Stauff, das Lager der Firma Hildebrandt & Bühner und das Lager für die sowjetischen Kriegsgefangenen der Winzergenossenschaft Osthofen. Ebensowenig sind in den DAF-Listen die Zahlen der individuell bei ihren Arbeitgebern untergebrachten „Fremdarbeiter“ berücksichtigt.

In welchem Jahr welche ausländischen Arbeitskräfte eintrafen, wurde vor allem vom Kriegsverlauf bestimmt.

Die ersten Ankömmlinge: polnische Kriegsgefangene

Nachdem die Deutsche Wehrmacht Polen am 1. September 1939 überfallen und rasch gesiegt hatte, ergab sich die Möglichkeit, die Kriegsgefangenen als billige Landarbeiter nach Deutschland zu bringen. Denn hier herrschte seit der Mobilmachung ein starker Mangel an Arbeitskräften. Viele Bauern waren ebenso wie ihre Söhne und Knechte eingezogen worden. Die Ernte musste jedoch unbedingt eingebracht werden, wenn die eigene Bevölkerung im bevorstehenden Winter nicht hungern sollte. Das NS-Regime wollte um jeden Preis Hungerunruhen vermeiden, wie sie im Ersten Weltkrieg in deutschen Städten aufgetreten waren. Die Landwirte machten dankbar von der Möglichkeit Gebrauch, Arbeitskräfte anzufordern. Die Ortsbauernschaften leiteten die Bedarfsmeldungen an die Arbeitsämter weiter. Ende 1939 waren bereits 300.000 polnische Kriegsgefangene in der deutschen Landwirtschaft eingesetzt.³

Auch in Osthofen traf noch im Spätjahr 1939 das Arbeitskommando 429 ein. Es bestand zunächst aus 45 Mann, die zwischen Anfang November und Anfang Dezember hierher in Marsch gesetzt wurden. Im Jahr 1940 kamen weitere Gefangene hinzu, wobei einige ausgetauscht wurden. Insgesamt sind 74 Polen namentlich nach-

3 Herbert, *Fremdarbeiter*, S. 77; Mark Spoerer, *Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939-1945*. Stuttgart, München 2001, S. 45.

Zwangsarbeiterinnen und ihre Kinder

Etwa ein Drittel der rund sechs Millionen an Zivilarbeitskräften, die man ins Deutsche gebracht hatte, waren Frauen. Davon stammten die meisten aus der Sowjetunion (ca. 56%) und aus Polen (ca. 30%). Neben den zahlreichen Vorteilen, die die Beschäftigung der „Ostarbeiterinnen“ und Polinnen in Industrie, Landwirtschaft und Privathaushalten brachte, ergab sich allerdings ein großes Problem, mit dem die Verantwortlichen nicht gerechnet hatten: die häufigen Schwangerschaften.

Anfangs schickte man die Schwangeren in ihr Heimatland zurück. Im Dezember 1942 wies der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz die Landesarbeitsämter jedoch an, die Rückführung schwangerer „Ostarbeiterinnen“ wegen „dringender arbeitseinsatzmäßiger Erfordernisse“ vorläufig einzustellen. Auf Anweisung des Reichsführers SS, Heinrich Himmler, musste nun in jedem Einzelfall geprüft werden, ob ein „rassisch wertvolles“ Kind zu erwarten war oder nicht. War der Erzeuger ein deutscher oder ein ebenfalls dem „germanischen Volkstums“ zuzurechnender Mann anderer Nationalität, so durfte die Schwangerschaft nicht abgebrochen werden, sondern der Säugling sollte sofort nach der Entbindung in die Obhut von Fürsorgestellen der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt oder des „Lebensborn“-Vereins gegeben werden.

In den übrigen Fällen sollte ein Schwangerschaftsabbruch vorgenommen werden, damit die Arbeitgeber nur für eine möglichst kurze Zeit auf die Arbeitskraft der Frauen verzichten mussten und das Problem der Versorgung der Säuglinge entfiel. Laut einer Rundverfügung von Reichsgesundheitsminister Conti vom 11. März 1943 durfte daher bei „Ostarbeiterinnen auf Wunsch der Schwangeren die Schwangerschaft unterbrochen werden“.⁶² Obwohl die betroffenen Frauen ihre schriftliche Zustimmung zu einer Abtreibung

62 Die Anordnung Contis vom 11.3.1943 wurde von der Deutschen Arbeitsfront, Gauverwaltung Hessen-Nassau, am 8.4.1943 per Rundschreiben an die untergeordneten Dienststellen weitergeleitet (HHStA Wiesbaden, Abt. 483 Nr. 3259, Bl. 7).

geben mussten, kann angesichts ihrer schwierigen Situation und des auf sie durch Arbeitgeber und Behörden ausgeübten Drucks wohl nicht von einer freien Entscheidung der Frauen gesprochen werden.

64

In der Praxis ergaben sich jedoch vielerlei Probleme, insbesondere aufgrund von zahlreichen, oft widersprüchlichen Anweisungen verschiedener NS-Dienststellen in Bezug auf die Schwangerschaftsabbrüche. Konflikte und Abstimmungsschwierigkeiten gab es vor allem zwischen dem für die Rassenprüfungen verantwortlichen Amt für Rasse- und Siedlungswesen, das eine lückenlose „rassische Selektion“ anstrebte, und den Arbeitsämtern, denen es pragmatisch um den Erhalt der Arbeitskraft der „Ostarbeiterinnen“ ging. Bis die Abtreibungsgesuche den Ärztlichen Dienst beim zuständigen Arbeitsamt endlich erreichten, waren die Schwangerschaften zum Teil für einen Abbruch schon zu weit fortgeschritten, oder die betroffenen Frauen hatten sogar bereits entbunden.

Die Entbindungen sollten in von den Landesarbeitsämtern eigens für „Ostarbeiterinnen“ eingerichteten Lagern vorgenommen werden. Für den Gau Hessen-Nassau-Süd war dies das berücksichtigte Lager Pfaffenwald bei Hersfeld⁶³ sowie das Durchgangslager Kelsterbach. Offenbar reichte das Aufnahmevermögen dieser Lager jedoch nicht aus, so dass viele sowjetische Frauen ihre Kinder in Krankenanstalten an ihrem Arbeitsort oder in den Ausländerwohnlagern zur Welt brachten. Fast vierhundert Kinder von „Ostarbeiterinnen“ vor allem aus Rheinhessen, aber auch aus dem übrigen Hessen und der Pfalz, wurden in der Landes-Heil- und Pflegeanstalt in Alzey geboren. Die ursprünglich hier untergebrachten Patienten hatte man im Rahmen des „Euthanasie“-Programms zunächst in andere Anstalten verlegt und die meisten schließlich in Hadamar ermordet. In den Räumen in Alzey richtete man dann

63 Zu den Lagern, in denen „Ostarbeiterinnen“ unter primitiven Bedingungen niederkommen sollten, und zu den oft katastrophalen Zuständen in den für ihre Kinder eingerichteten Pflegeheimen siehe: Susanne Hohlmann, Pfaffenwald. Sterbe- und Geburtenlager 1942-1945. 2. Aufl. Kassel 1988 (Nationalsozialismus in Nordhessen – Schriften zur regionalen Zeitgeschichte, Heft 2), sowie: Gisela Schwarze, Kinder, die nicht zählten. Ostarbeiterinnen und ihre Kinder im Zweiten Weltkrieg. Essen 1997.

ein Krankenhaus für „Ostarbeiter“ sowie eine Entbindungsanstalt für „Ostarbeiterinnen“ ein. Mindestens 28 Zwangsarbeitskräfte aus der Sowjetunion, die in Osthofen gemeldet waren, wurden hier von 1942 bis Januar 1945 wegen verschiedener Krankheiten behandelt. In den erhaltenen Patientenunterlagen findet sich allerdings nur eine Entbindung einer sowjetischen Frau, die aus Osthofen nach Alzey kam und am 4. April 1943 von einem Jungen, Anatolie, entbunden wurde.⁶⁴ Aus den Akten geht nicht hervor, ob sie mit ihrem Säugling an ihren alten Arbeitsplatz zurückkehrte. Da der Name der Mutter, Lydia Dazenko, allerdings nicht in den Namenslisten auftaucht, die die Gemeinde Osthofen 1946 auf Anforderung der französischen Militärregierung im Rahmen der Ausländer-Suchaktion anfertigen musste, ist zu vermuten, dass sie mit ihrem Kind vom Arbeitsamt einem neuen Arbeitgeber an einem anderen Ort zugewiesen wurde.

Neben den in Deutschland geborenen „Ostkindern“ lebten in den Ausländerlagern überall im Land auch zahlreiche Kinder, die man mit ihren Müttern aus ihrem Heimatland nach Deutschland verschleppt hatte. Sie waren tagsüber meist sich selbst überlassen. Für sie gab es keine Schulen und keine Kindergärten.

Auch im Ostarbeiterinnenlager der Firma Glaser, v. Praun lebten einige Kinder. Tatjana Chludkowa war 1937 in Liso in der Sowjetunion geboren. Ihre Mutter, Olga Chludkowa, arbeitete ab März 1944 in dem Osthofener Elektromotorenwerk. Bei den anderen drei namentlich bekannten Kindern handelt es sich um Säuglinge. Zwei davon wurden 1944 in Lampertheim geboren. Nach der Entbindung wurden die Mütter nach Osthofen zu Glaser, v. Praun, versetzt. Beide Kinder starben innerhalb weniger Monate. Bei einem Kind, Wjadja Podwinskaja, ist kein Geburtsdatum, sondern nur ein Alter von sechs Monaten angegeben. Die Mutter, Walli Podwinskaja, arbeitete bei einem Landwirt. Bei einem anderen Bauern lebte ein 14-jähriger polnischer Junge, Waclaw Muhewitsch, zusammen

64 Datenbank des Arbeitskreises Psychiatrie im Nationalsozialismus, Alzey. Die Daten stammen aus den sog. Tagebüchern der Landes-Heil- und Pflegeanstalt Alzey 1941-1945.

Ukrainerinnen aus.⁸¹ Für den 1. September 1944 ist die Ankunft von zwölf Polinnen vermerkt. Ob diese während der letzten sieben Kriegsmomente hier gemeinsam mit den Ukrainerinnen einquartiert waren oder ob man letztere an einen anderen Ort versetzt hatte, geht aus den Unterlagen nicht hervor.⁸²

78

Die Gemeinde Osthofen und die „Fremdarbeiter“

Zwischen 1939 und 1945 lebten und arbeiteten in Osthofen unfreiwillig mindestens 620 ausländische Männer und Frauen, das war mehr als ein Achtel der Bevölkerung. Gleichzeitig war ein Großteil der Männer im wehrfähigen Alter zur Wehrmacht eingezogen, so dass sich die Bewohnerschaft in ihrer Zusammensetzung nach Kriegsbeginn stark veränderte.

Bürgermeister von Osthofen war von 1935 bis 1944 Dr. jur. Kurt Mildner. In den Kriegsjahren lagen die Amtsgeschäfte überwiegend in den Händen des Ersten Beigeordneten, Alfred Großmann. Ab Herbst 1944 wurde der Wormser Stadtbauobersekretär Heinrich Hundsdorff⁸³ als kommissarischer Bürgermeister eingesetzt. Der Bürgermeister war gleichzeitig Chef der Ortspolizeibehörde. Ortsbauernführer war ab 1934 Hermann Müller, der im Juli 1943 auch in den Gemeinderat berufen wurde. NSDAP-Ortsgruppenleiter war in den ersten Kriegsjahren Wilhelm Grett, der bereits 1927 der Partei beigetreten war und die Mitgliedsnummer 38019 hatte.⁸⁴

Aus den wenigen erhaltenen Quellen geht hervor, dass die Bevölkerung Osthofens sich recht rasch an die Anwesenheit von ausländischen Arbeitern gewöhnte. Dies waren zunächst die polnischen und französischen Kriegsgefangenen. Trotz der offiziellen Verbote

81 HHStA Wiesbaden, Abt. 483, Nr. 7328.

82 HStA Darmstadt, Best. G 31 LP Eisenbahnpersonal, Versichertennachweise.

83 BA Berlin, PK F92, Personalkarte Heinrich Hundsdorff, geb. 18.6.1886 in Darmstadt.

84 BA Berlin, PK D164, Schreiben der NSDAP-Ortsgruppe Osthofen/Rheinessen an die NSDAP München, Abt. Kassenverwaltung.



Die Schwertstraße mit der Knierim'schen Mühle im Hintergrund (Aufnahme von 1932). 1939 errichtete der Unternehmer Kurt Stephan auf dem Gelände sein Armaturenwerk; in der ehemaligen Holzmühle waren während des Krieges vor allem die französischen Arbeitskräfte dieses Werks untergebracht.

des „Umgangs mit Kriegsgefangenen“ entwickelten sich vor allem mit den Franzosen bald auch private freundschaftliche Kontakte und einzelne Liebesverhältnisse, wie die Geburten mehrerer Kinder zeigen, deren Väter Franzosen waren. Dies wurde nach dem Krieg im Rahmen der „Ausländersuchaktion“ dokumentiert.⁸⁵ Bestätigt wird dies auch durch die Aussage des Schlossers Albert A., der in der Firma Glaser, von Praun Betriebsobmann war und 1949 im Rahmen seines Entnazifizierungsverfahrens vor der Spruchkammer im Zusammenhang mit der Anzeige einer deutschen Arbeiterin wegen ihres freundschaftlichen Kontakts mit einem Franzosen befragt wurde. Er sagte u.a. aus: „Es kamen noch öfters solche Sachen im Betrieb vor, aber sie wurden nicht zur Anzeige gebracht. Es kam vor, dass die Franzosen über Nacht fort waren bei Frauen und erst am Morgen wieder zurückkamen.“⁸⁶

Die Franzosen waren auch unentbehrlich bei der Organisation des Luftschutzes. So wurde in einem vom 1. Beigeordneten Großmann am 11. September 1942 ausgearbeiteten detaillierten Plan „Einsatzorganisation für die Fälle von Fliegeralarm bzw. Fliegerangriffen“ unter Punkt 4: „Hilfspolizei“, Absatz 7, verfügt: „Im großen Schwanenkeller stehen außerdem zur besonderen Verfügung 100 französische Kriegsgefangene bereit.“ Offenbar sah Großmann die Notwendigkeit zu erläutern, wieso man „Feinde“ in den deutschen Luftschutz mit einband. Er fügte hinzu: „Diese Regelung hat sich deshalb als notwendig erwiesen, um nicht alle männliche[n] Personen aus dem Ort herauszuziehen und an einigen wenigen Stellen zusammenzuballen, da die Angriffe der feindlichen Luftwaffe in der letzten Zeit gezeigt haben, daß gerade beim Abwurf von Brandbomben die ersten Minuten zur Brandbekämpfung entscheidend sind. Die Frauen werden nach den festgestellten Erfahrungen allein nicht

85 StAO 133/01, Schreiben des Bürgermeisters von Osthofen an den Landrat des Landkreises Worms vom 24. Juni 1946.

86 LHA Koblenz, Best. 856, Nr. 132982, Protokoll des Untersuchungsausschusses vom 21.3.1949.